Umfrage: Angst und Sorge wählen CDU/CSU

Die Deutschen fürchten alles auf der Welt: Inflation, Arbeitslosigkeit, Kanzler-Schwäche, politischen Terror, Ausnutzung durch den Osten, Juso-Radikalität und Rohstoff-Krisen. In einer Blitzumfrage, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag des SPIEGEL veranstaltete, gab fast die Hälfte dem Kanzler keine Chance, die Probleme zu meistern. Willy Brandt gilt als zu weich und zu gutgläubig, in fast allen Bereichen liegt die CDU vorn.

Vor Meyers Gasthof im niedersächsischen Uetzen/Hanstedt II scholl dem Bundeskanzler Protest entgegen. Die Bauern und Landarbeiter, wegen deren Stimmen Willy Brandt dort war, murrten über zu niedrigen Verdienst und zu hohe Kosten. Dem Regierungschef, der mit dem niedersächsischen SPD-Ministerpräsidenten Alfred Kubel am Fenster des ersten Stocks stand, rief einer zu: „Sie kriegen 240 000 Mark im Jahr."

Die Landwirte forderten wütend höhere Schweine- und Kartoffelpreise und ließen sich nicht besänftigen. „Man kann doch wohl hier mal seine Meinung sagen", antwortete ein Protestler auf die Beruhigungsversuche des Kanzlers, der ständig mahnte: „Wir wollen uns doch nicht in eine Angstpsychose hineinreden lassen."

Keine Vokabel benutzt der Kanzler in seinem Wahlkampf in Niedersachsen, wo die SPD am 11. Juni ihre knappe Mehrheit im Landtag verteidigen muß, so oft wie das Wort Angst. Überall versucht er Furcht zu dämmen, Ängste zu beschwichtigen.

Denn die Sozialdemokraten vermuten, daß Angst und Unsicherheit ihnen derzeit die Wähler forttreiben. Nur 24 Prozent der Bevölkerung schätzen, so ermittelte das Münchner Meinungsforschungsinstitut Infratest, die allgemeine wirtschaftliche Lage als gut oder sehr gut ein, obwohl 67 Prozent mit ihrer eigenen ökonomischen Situation zufrieden sind — ein Widerspruch von Sein und Bewußtsein, den die Sozialforscher die „Angstlücke" nennen.

Während die führenden Bonner SPD-Politiker darüber diskutieren, wie die Lücke zu schließen sei, fragte das Institut für Demoskopie Allensbach einen repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung, welche Ängste die Deutschen schrecken und wie stark sie empfunden werden.

Das Ergebnis ist für Bonns Sozialdemokraten noch ungünstiger, als selbst Skeptiker in der Bonner Regierungskoalition bisher meinten. Überall in der westdeutschen Gesellschaft breitet sich Furcht aus, daß es bald schlechter gehe, und es wächst das Mißtrauen an der Fähigkeit dieser Regierung, Unheil abzuwenden. Weit mehr als die Hälfte der Befragten äußerte Furcht vor Inflation, Sorge um die Erhaltung des Real-Lohns, Angst vor der überall wachsenden Neigung, gesellschaftliche Probleme mit Terror und Gewalt zu lösen.

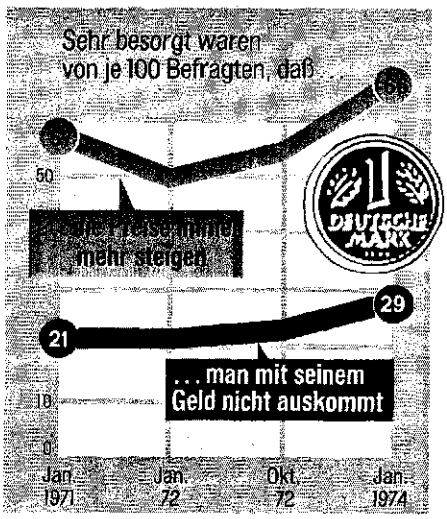
Viele Bundesbürger fühlen sich bedroht von Streiks, von der Macht der Gewerkschaften, aber auch vom Einfluß der Kapitalisten im In- und Ausland. Die Eliten in der Verwaltung, im Richteramt, an Universitäten sehen sie durchsetzt mit Radikalen, die den freiheitlichen Rechtsstaat stürzen wollen.

Um die Stimmung jener politischen Mitte im Lande zu erfassen, ohne die niemand Wahlen gewinnen kann, untersuchten die Allensbacher vor allem die Meinungen jener knappen Hälfte, die sich diesem politischen Standort zurechnet. „Denn gewohnheitsmäßige, aber auch neue Wechselwähler, deren Zahl stetig zunimmt, konzentrieren sich hier", erklärte die Chefin des Instituts, Elisabeth Noelle-Neumann. Und: „Die Wähler der Mitte sind unerwartet beweglich, wenn sie sich von der SPD abwenden, dann oft nicht mit einem kleinen gemäßigten Schritt zur FDP, sondern brüsk ohne Übergang direkt zur CDU."

Zu dieser mobilen Mitte rechnet sich die Mehrheit aller Wahlberechtigten. Nur 17 von hundert sagen von sich, sie seien „links", ein gutes Fünftel (22 Prozent) ordnet sich selbst „rechts" ein, 15 Prozent legen sich nicht fest. 46 Prozent nannten als eigenen Standort die Mitte. Dort siedeln sich nicht nur drei Viertel aller FDP- und 53 Prozent der CDU/CSU-Wähler, sondern auch 49 Prozent aller SPD-Anhänger an.

Die Wähler der Mitte, die 1972 die Machtverschiebung zugunsten der SPD bewirkten, sind heute in manchen Punkten besorgter und enttäuschter als der Durchschnitt aller erwachsenen Westdeutschen. Sie geben der SPD nach 18monatiger Amtszeit zu 46 Prozent die Note „schlecht", und nur 10 Prozent votierten für „gut". Diejenigen unter ihnen, die sich als Wechselwähler bezeichnen, sind sogar zu 50 Prozent unzufrieden.







Alle Befragten antworteten auf die Frage: „Wenn Sie einmal an die politische Entwicklung bei uns seit der letzten Bundestagswahl denken: finden Sie, die Entwicklung war alles in allem eher gut oder eher schlecht?"

gut:	12 Prozent
mittel:	32 Prozent
schlecht:	45 Prozent
kein Urteil:	11 Prozent

Die Antwort „mittel" muß laut Elisabeth Noelle-Neumann „nach demoskopischen Erfahrungen praktisch immer als eine negative Antwort bewertet werden. Nur zwölf Prozent Zufriedene — das fällt sehr aus dem Rahmen".

Auf 35 Problemfragen äußerten überraschend viele Interviewte Ängste gleich en gros. Die Gefahren werden häufig überscharf empfunden, Positives wird nicht bewertet. Der Trend der Erwartungen zeigt nach unten:

- 59 Prozent der Befragten sind überzeugt, daß die Preise im Laufe dieses Jahres noch stärker steigen werden als bisher; nur jeder zehnte glaubt, der Preisauftrieb werde sich abschwächen.
- Nur 17 Prozent halten dafür, der Kanzler werde zum Jahresende die Regierung besser zügeln als derzeit; 45 Prozent aber meinen, mit dem Kanzler werde es dann noch schlechter gehen als heute.
- 42 Prozent der Befragten finden, daß der Einfluß der Jusos schon jetzt groß ist (November 1973: 38 Prozent), und fast ein Drittel erwartet, die Macht der jungen Linken werde in diesem Jahr noch steigen.

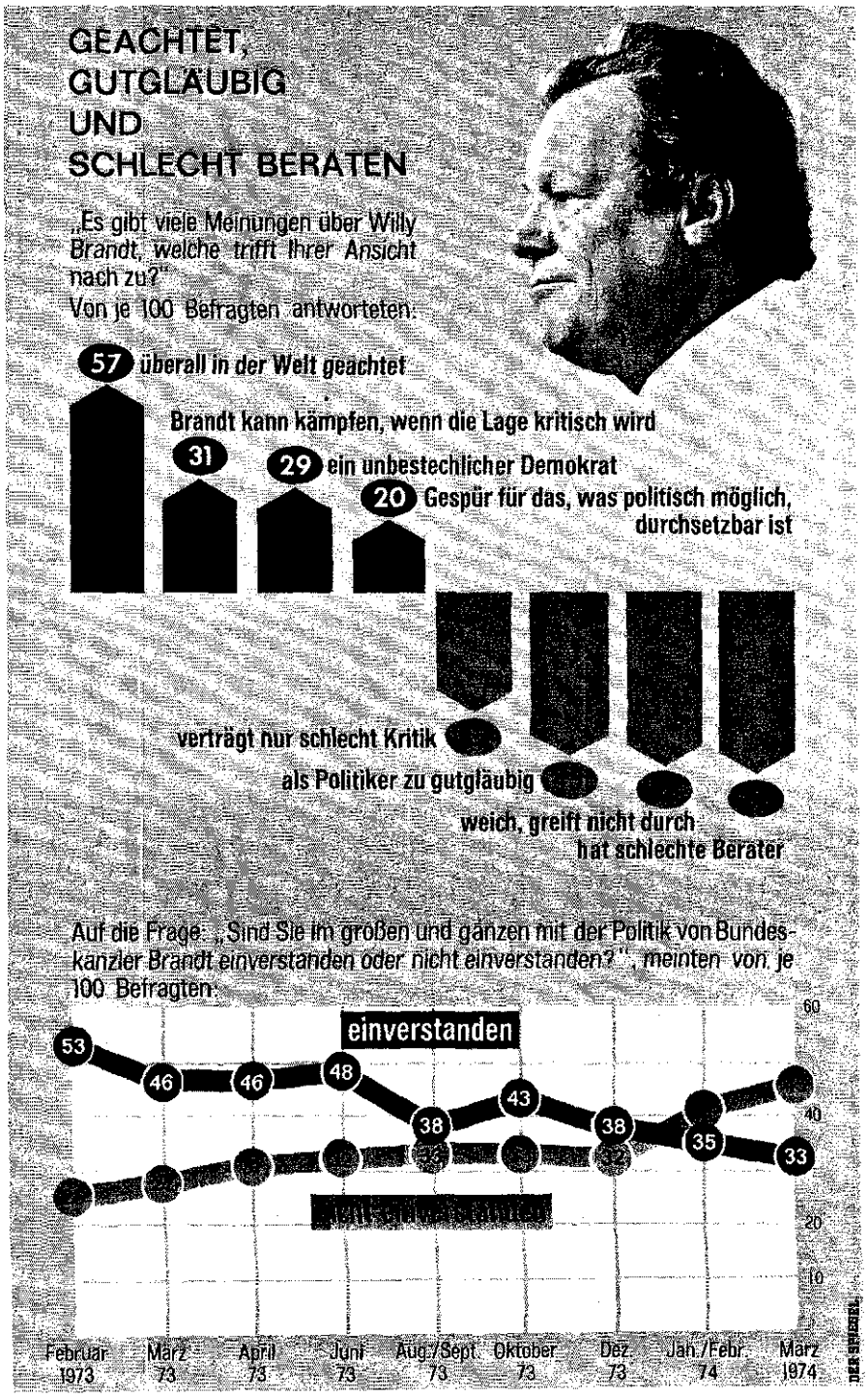
Die Antworten der Befragten vermitteln eine hausgemachte Vorstellung von Verhältnissen und Zuständen, die ausländische Beobachter nicht zu entdekken vermögen. In der westlichen Welt müßte keine Regierung mit Sorgen den nächsten Wahltermin gewärtigen, wären die Verhältnisse dort so wie hier.

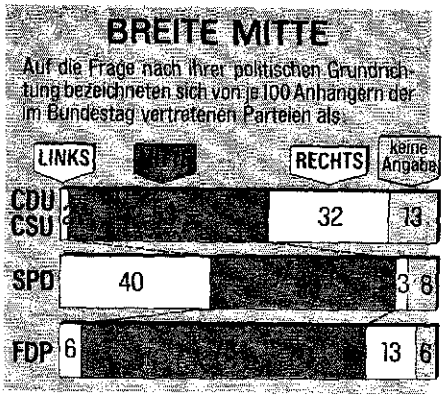
Was den Deutschen als Unglück gilt, würde beispielsweise in Italien und England, wo in den vergangenen Wochen die Regierungen wechselten, von den Wählern als Erfolgsnachweis angesehen. Denn eine Inflation von derzeit 7,6 Prozent, die laut Allensbach-Umfrage von 89 Prozent mit Sorge erlebt wird, würde im Ausland bereits als relative Stabilität gewertet.

„Die Bundesrepublik Deutschland", schrieb jüngst bewundernd, fast neidisch die „Washington Post", „setzt ihr kontinuierliches Wachstum in Wohlstand und ökonomischer Macht in viel schnellerem Tempo fort als irgendeiner ihrer Handelspartner. Der Wert der Deutschen Mark hat sich in den letzten fünf Jahren sowohl gegenüber dem Dollar als auch dem französischen Franc um 50 Prozent erhöht. Das Sozialprodukt pro Kopf ist fast so hoch wie in den Vereinigten Staaten."

Wenn 47 Prozent der Befragten Angst vor Streiks äußern, obwohl hier viel weniger als in den anderen Industrieländern gestreikt wird, oder 39 Prozent die Radikalen im öffentlichen Dienst fürchten, von denen es bei deutschen Behörden nur wenige gibt, so wird deutlich, daß die Deutschen auf







soziale Konflikte früher und schärfer reagieren als andere Gesellschaften.

Laut dem Verhaltensforscher Konrad Lorenz fällt die Angst — eine „bei Mensch und Tier vorhandene, unabhängig variable Triebkomponente" — besonders jene an, die dazu wenig Grund haben: „Wenn es einem gutgeht und wenn lange nichts passiert ist, ist man eigentlich viel ängstlicher."

Welche politische Relevanz die möglicherweise aus überhoher Empfindlichkeit resultierenden Ängste haben, zeigt die scharfe Kritik, die sich in der Umfrage an der Führungsschwäche des Kanzlers entzündet. Laut Allensbach werfen 48 Prozent dem Kanzler Brandt vor: „Weich, greift nicht durch"; für „zu gutgläubig" halten ihn 45 Prozent, mehr als die Hälfte bescheinigt ihm, „schlechte Berater" zu haben.

Für die Wechselwähler ist Brandt kein Trumpf mehr.

Zwar genießt Willy Brandt bei den Bundesbürgern heute wie vor zwei Jahren große Sympathien — 57 Prozent bescheinigen ihm jetzt, er sei überall in der Welt geachtet —, aber seine Leistungsfähigkeit als Politiker wird heute weit geringer eingeschätzt als damals. Immerhin bescheinigten ihm vor zwei Jahren 44 Prozent Durchsetzungsvermögen und 51 Prozent Ehrgeiz. Jetzt aber meint fast ein Drittel, er sei „regierungsmüde".

Elisabeth Noelle-Neumann interpretiert: „Die charakteristische Konstellation ist der Widerspruch zwischen Zweifel an den politischen und Überzeugung von den menschlichen Qualitäten."

Gerade die Mitte, von der Brandt sagte, sie sei die Zielgruppe seiner Partei, steht dem Kanzler zunehmend skeptisch gegenüber. Sie zweifelt mehr an der Leistungsfähigkeit des Kanzlers als der Durchschnitt der Befragten. Schlimmer noch: Die Kritik, er sei zu weich und zu gutgläubig, schlägt deshalb mit so hohen Prozentzahlen durch, weil die Koalitions-Anhänger mit 39 Prozent (zu weich) und 41 Prozent (zu

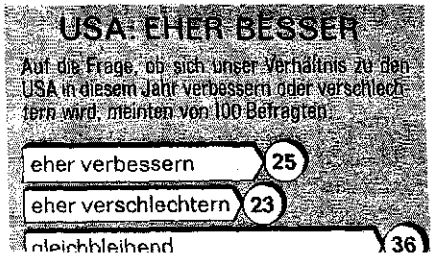
Vor allem für jene Wechselwähler, die Brandt und die SPD 1972 durch die Abkehr von der CDU nach oben brachten, ist Brandt keine Trumpfkarte mehr. Denn bei ihnen sind die protestauslösenden Faktoren stärker als bei anderen Wählern. Von den Wechselwählern sagen 55 Prozent, er sei zu gutgläubig und zu weich — 10 Prozent mehr als der Durchschnitt.

Zweifelsfrei bestätigt die Untersuchung, daß die Politik des Bundeskanzlers seit Februar 1973 von den Bundesbürgern zunehmend schlechter beurteilt wird, und zwar in einem Ausmaß, das der SPD bei den kommenden Landtagswahlen in Niedersachsen, Hessen und Bayern nichts Gutes verheißt. Denn binnen Jahresfrist fiel die Zustimmung zu seiner Regierung von 53 Prozent auf 33 Prozent.

Die Tatsache, daß gut die Hälfte der Befragten Brandt schlechte Berater attestierten und zwei Drittel wünschen, er möge die Regierung umbilden, bezeichnet die Allensbach-Chefin als „überraschend", da sie „aus langjährigem Umgang mit Umfrage-Ergebnissen weiß, daß die Bevölkerung meist vor Veränderungen zurückschreckt". Sie vermutet, daß viele Wähler ihren Konflikt mit dem ihnen sympathischen Kanzler dadurch lösen, daß sie Ärger an Kabinettsmitgliedern auslassen.

Die Ängste der Deutschen streuen sich mit unterschiedlichem Gewicht über den gesamten innen- und außenpolitischen Bereich — mit der Tendenz, fast alles, was die Regierung tut, negativ zu beurteilen. Zudem zeigt die Befragung, daß große Gruppen dieser Gesellschaft von den Sozialliberalen nichts Vernünftiges mehr erwarten. Weitaus am tiefsten sitzt die Furcht vor wirtschaftlicher Misere. „Sehr besorgt oder häufiger besorgt" äußerten sich

- 89 Prozent über die anhaltenden Preissteigerungen,
- 73 Prozent darüber, daß sich das Sparen wegen der Inflation nicht mehr lohne,
- 64 Prozent über zu große Abhängigkeit von Erdöl- und Rohstoffländern,

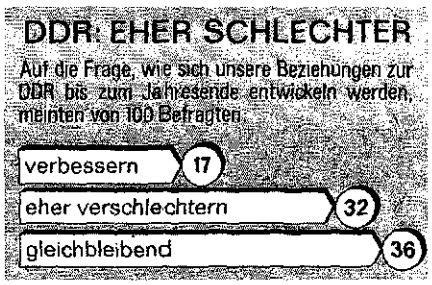




Meinungsforscherin Elisabeth Noelle-Neumann
„Unerklärlicher Pessimismus"

- 57 Prozent über möglicherweise drohende Arbeitslosigkeit,
- 47 Prozent über eine Weltwirtschaftskrise,
- 47 Prozent darüber, daß unsere Wirtschaft durch Streiks gefährdet wird; sogar 48 Prozent der Koalitionsanhänger, die sich der politischen Mitte zurechnen, nannten diese Furcht.

Die wahrheitsgemäßen Erklärungen der Bundesregierung, Deutschland habe die geringste Inflationsrate aller westli-



chen Industrieländer, konnte die Beunruhigung der Bürger nicht dämmen. Gegen die bekundete Einsicht, Sparen lohne sich bei diesen Inflationsraten nicht, handeln freilich die meisten. Im vergangenen Jahr stieg das Sparvermögen um 8,8 Prozent auf 299 Milliarden Mark.

Angesichts des vorhandenen Problembewußtseins erweist sich die Frage als bedeutsam, welcher Partei die Bundesbürger die bessere Stabilitätspolitik

Wähler insgesamt in Prozent	Wähler der Mitte SPD/FDP	CDU/CSU
Die SPD besser:	16	25	7
Die CDU besser:	44	19	63
beide gleich:	32	48	20
kein Urteil:	8	8	10

Die Christparteien hatten bei den Bürgern, ob berechtigt oder unverdient, schon früher den Ruf erworben, in der Stabilitätspolitik solider und erfolgreicher zu sein. 1972 antworteten 41,4 Prozent, sie hielten die CDU/CSU am ehesten für fähig, mit Preissteigerungen fertig zu werden, 30,5 Prozent nannten die SPD. Nur noch die Hälfte traut dies heute der Koalition zu; fast ein Fünftel

Daß überhaupt so viele Bürger Sorgen um Arbeitsplatz oder Ängste vor einer weltweiten Wirtschaftskrise äußern, ist zum Teil sicher darauf zurückzuführen, daß die Bonner Regierung selbst zu Zeiten der dann nicht eingetroffenen Energiekrise Zittern und Zagen verbreitet hatte.

Die Sozialdemokraten fahren jetzt die Ernte des Zweifels ein, die sie selber ausgestreut haben. Finanzminister Helmut Schmidt etwa malte noch zum Jahreswechsel schwarz, sagte für 1974 eine „erhebliche Begrenzung unserer wirtschaftlichen Tätigkeit" voraus und stellte größere Arbeitslosigkeit in Aussicht.



Angst-Motiv Streik: Fast die Hälfte glaubt, die Wirtschaft sei gefährdet

ihrer Anhänger aus der Mitte geben der Opposition in dieser Frage den Vorzug. Und fast die Hälfte der Regierungs-Anhänger traut der Opposition genauso viel oder wenig zu wie der SPD/FDP.

Sogar bei der Lösung des befürchteten Problems Arbeitslosigkeit genießt die Union heute entgegen früheren Erfahrungen zumindest bei den Arbeitern und Angestellten, die Angst vor einem Beschäftigungseinbruch äußern, einen Vorsprung.

Schon im Dezember 1973 hatten 66 Prozent aller Bundesbürger die Befürchtung geäußert, daß „viele Arbeitsplätze gefährdet" sind — obwohl nur 12 von hundert sich um ihren eigenen Job sorgten.

Auch jetzt noch plagt vor allem die Arbeiter Krisenangst. Immerhin noch 63 Prozent von ihnen (Angestellte und Beamte: 55 Prozent) bangen, daß sich Arbeitslosigkeit ausbreite. Die Ängstlichen nannten als Sorgenbrecher:

	Arbeiter	Angestellte
SPD:	28 Prozent	17 Prozent
CDU:	32 Prozent	49 Prozent
beide gleich:	32 Prozent	18 Prozent
kein Urteil:	8 Prozent	16 Prozent

Willy Brandt gefiel sich auch dann noch in ständigem Klagen, das Land sei „von Mangel bedroht", als seine Koalitionspartner längst abwiegelten. Auch seine falsche Prophetie, zweistellige Lohnabschlüsse müßten auch die Inflation in zweistellige Höhen treiben, mag den Schreckbürgern noch im Kopf klingen.

Die Meinungsforscher wenden sich allerdings gegen die Überschätzung der wirtschaftlichen Wähler-Motive. Obwohl diese Sorgen auch in der Umfrage ganz oben rangieren, würden laut Allensbach die Wählerwanderungen nicht allein durch wirtschaftliche Bedrängnis in Gang gebracht. Ebenso wichtig seien spätestens seit 1969 andere politische Bereiche geworden, etwa Reformen und Ostpolitik.



Gefährlich für die Koalition ist deshalb die tiefgehende Enttäuschung der Deutschen über die Ostpolitik und Willy Brandt, die den Unmut der Wähler über die Wirtschaftspolitik zur Abkehr von der SPD steigert.

Nächst der Wirtschaftspolitik schlägt die Ostpolitik, mit der Brandt und Scheel 1972 der Einbruch in das Wählerlager der CDU gelang, heute als Negativposten der Koalition durch. Stärker besorgt äußern sich

- 50 Prozent der Befragten, „daß wir dem Osten gegenüber zu nachgiebig sind" — und 41 Prozent der Koalitionsanhänger der Mitte meinen das,
- 45 Prozent, „daß sich die Ostblockländer nicht an die Vereinbarungen und Verträge mit uns halten" (Koalitionsanhänger: 41 Prozent),
- 43 Prozent, „daß wir den Ostblockländern zuviel Kredite geben, zuviel Wirtschaftshilfe versprechen" (Koalitionsanhänger: 31 Prozent),
- 42 Prozent, „daß wir von Ostblockländern nur ausgenutzt werden" (Koalitionsanhänger: 41 Prozent).

Auch die SPD-Wähler haben Angst vor den Jusos.

Die Allensbach-Chefin Noelle-Neumann meint, die „Depression der Enttäuschung" über die Ostpolitik und das daraus wachsende „Motiv, sich der CDU zuzuwenden", werde in der Öffentlichkeit unterschätzt.

Noch 1972 hatten 50 Prozent der CDU-Stammwähler der neuen Ostpolitik voll, weitgehend oder mindestens bedingt zugestimmt, ein Umstand, der die Opposition der CDU/CSU gegen dieses Thema praktisch wirkungslos machte und ihre Wähler spaltete. Heute sind 72 Prozent der Christwähler aus der Mitte mit der Bonner Ostpolitik unzufrieden. Laut Allensbach ist aus der Stärke des Protests der CDU-Wähler herauszulesen, daß Kritik daran einen guten Markt hat.

Elisabeth Noelle-Neumann: „Die Bereitschaft, sich öffentlich mit seiner Meinung zu exponieren ... ist größer, wenn das Individuum glaubt, daß die eigene Meinung dominiert ... oder an Verbreitung zunimmt."

Zu der vorgegebenen Behauptung, „daß Radikale bei uns immer mehr von den Universitäten in wichtige Stellen im öffentlichen Dienst als Politiker, Richter, Lehrer usw. gelangen", sagten:

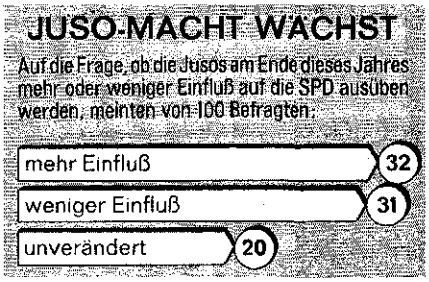
Wähler insgesamt in Prozent	Wähler der Mitte in Prozent SPD/FDP	CDU/CSU
sehr besorgt:	19	16	28
häufiger besorgt:	20	15	27
insgesamt:	39	31	55

Auf die Behauptung, „daß politische Ziele immer häufiger mit Gewalt und

Terror durchgesetzt werden", erklärten:

	Wähler insgesamt in Prozent	Wähler der Mitte in Prozent SPD/FDP	CDU/CSU
sehr besorgt:	24	24	24
häufiger besorgt:	29	34	33
insgesamt:	53	58	57

Zur Behauptung, „daß die SPD immer mehr ihren Charakter als Volkspartei verliert, immer mehr nach links rückt", äußerten:



	Wähler insgesamt in Prozent	Wähler der Mitte in Prozent SPD/FDP	CDU/CSU
sehr besorgt:	20	14	30
häufiger besorgt:	16	20	19
insgesamt:	36	34	49

Auf die Behauptung, „daß führende Jusos wichtige Wirtschaftszweige (Grundstoffindustrie, Banken usw.) verstaatlichen wollen", antworteten:

	Wähler insgesamt in Prozent	Wähler der Mitte in Prozent SPD/FDP	CDU/CSU
sehr besorgt:	16	14	21
häufiger besorgt:	19	19	27
insgesamt:	35	33	48

Kennzeichnend für diesen Komplex ist der Umstand, daß die Anhänger der Koalition kaum weniger besorgt über radikale Einflüsse innerhalb und außerhalb ihrer Partei sind als der Durchschnitt der Wähler. Interessant ist, daß politischer Terror und Gewaltakte nicht der Bonner Regierung angelastet werden. Auf die Frage, welche der beiden großen Parteien damit am besten fertig würde, antworteten jene, die sich davor fürchteten, zu 45 Prozent: beide gleich; 30 Prozent nannten die CDU/CSU, 13 Prozent die SPD/FDP.

Aufschlußreich ist ferner, daß Wähler der Mitte für einen Parteiwechsel motiviert werden, wenn eigentumsfeindliche Tendenzen um sich greifen. Einen Anhaltspunkt für diese Interpretation liefert die Tatsache, daß 55 Prozent jener Koalitionsanhänger, die große oder häufige Sorge über Verstaatlichungs-Pläne der Jusos äußern, wirksamen Schutz nur bei der CDU zu finden glauben. Die Anti-Juso-Emotion ist ein solider Wegbereiter des CDU-Erfolges.

Die Bürger-Angst vor den Jusos, deren linke Sprecher längst in der SPD selbst im Abseits stehen, könnte ebenso ein Reflex auf die lauten Klagen der Parteioberen sein wie die Führungsschwäche, die sich die Bonner Regierung erst selbst bestätigte und die ihr jetzt von den Bürgern angekreidet wird.

Die knappe Hälfte der Befragten ist nicht davon überzeugt, daß die „Regierung mit schwierigen Lagen fertig wird". 43 Prozent meinen, es werde in der Politik nicht mehr klar entschieden, und 40 Prozent beklagen, daß die Politiker nicht genug Mut haben, das Unpopuläre zu tun. Das Grundmotiv, das sich durch die Untersuchung zieht, kehrt auch hier wieder. Resignation, Pessimismus, „mangelnde Zukunft" (Noelle-Neumann) vereinen sich mit der vorherrschenden Ansicht, die SPD sei kein geeigneter Problemlöser mehr.

Die Mehrheit glaubt, die CDU könne es besser.

Besonders kreiden die Wähler der Koalition der Regierung mangelnden Mut an. Über zwei Fünftel der SPD/FDP-Anhänger aus der Mitte beklagen dieses Manko. In diesem einen Punkt ist Kritik aus dem Lager der Freunde größer als die vom Wähler-Durchschnitt — ein Hinweis darauf, daß die gängige Praxis, Entscheidungen nur vom Applaus abhängig zu machen, den Bürgern verdächtig ist. Dies gilt vor allem für die politisch Interessierten, die den Parteien als Meinungsträger besonders wichtig sind.

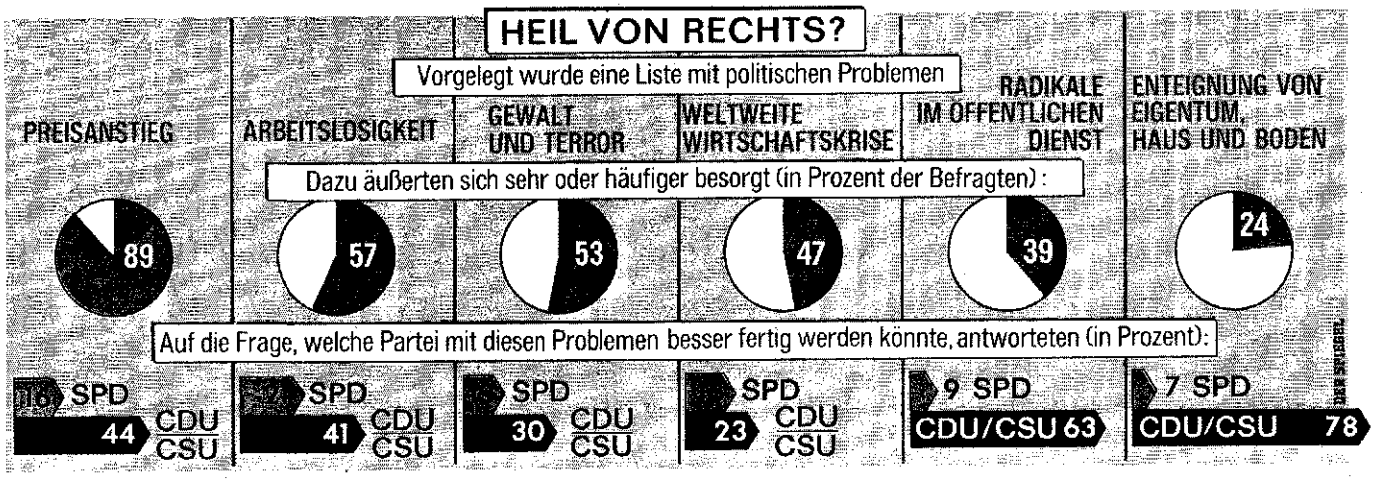
Die vorgegebene Behauptung, daß es in der Politik kaum noch zu klaren Entscheidungen, „sondern nur noch zu faulen Kompromissen kommt", bejahen

Alle Wähler	Wechselwähler	Politisch Interessierte
43 Prozent	47 Prozent	61 Prozent

Die naheliegende und auch bei Bonner SPD-Politikern verbreitete Ansicht,

Angst-Motiv Gewalt: Politischer Terror wird der Bonner Regierung nicht angelastet





die Deutschen seien fürs erste der Reformen überdrüssig, stimmt nicht. Mehr als die Hälfte hält den Wandel durch Veränderung weiterhin für „dringlich", etwas mehr gilt das für Anhänger der Koalition, etwas weniger für Christdemokraten. Nur ein Viertel glaubt, daß mehr verändert wird, als eigentlich notwendig ist.

In praktisch allen Bereichen, die für die Befragten problemgeladen sind, erscheinen Sozial- und Freidemokraten den Besorgten derzeit nicht als Retter aus der vermeintlichen Not. Denn von jenen vielen, die sich bedroht fühlen, sei es durch wirtschaftliche, außen- oder gesellschaftspolitische Gefahren, gibt fast immer die Mehrheit die Überzeugung zu Protokoll, die CDU könne es besser. Bei allen Fragen, die auf Erwartungen zielen — zum Thema Brandt, zu den Preisen, zum Einfluß der Jusos und zum Verhältnis mit der DDR —, stellte die Demoskopin Noelle-Neumann einen „unerklärlichen Pessimismus" fest.

Die größte Gefahr für die Koalitionsparteien besteht darin, daß zu ihren Lasten ein sich selbst verstärkender Prozeß in Gang kommt, den die Sozialforscher „Schweigespirale" nennen. Dabei werden die Regierungskritiker einfach nur, weil sie glauben, die Mehrheitsmeinung zu vertreten, lautstärker sein und am Ende die auf Anpassung bedachte Majorität, die sich nicht isolieren möchte, auch tatsächlich überzeugen.

Die Erkenntnis, daß die größeren Heere woanders stehen, hatte 1969 und 1972 einen Teil der CDU-Wähler dazu getrieben, ihre Meinung und ihre traditionelle Wahlentscheidung zu ändern. Die Anpassung an die herrschende Meinung, oder was dafür gehalten wurde, führte nach den Wahlen sogar dazu, daß viele Bundesbürger, die der CDU ihre Stimme gegeben hatten, in Meinungsumfragen behaupteten, SPD-Anhänger zu sein. Diese Mechanik der Meinungsbildung könnte jetzt der SPD gefährlich werden.

Von den für die Sozialdemokraten tätigen Sozialforschern werden derzeit Strategien entwickelt, die das SPD-Lager vor weiterer Auslichtung bewahren sollen. In einer Umfrage stellt das Godesberger Infas-Institut fest, daß 59 Prozent aller Wähler, 68 Prozent der SPD-Wähler und 62 Prozent der Nicht-SPD-Wähler der Ansicht sind, die Schwierigkeiten der Partei seien allgemeinen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umständen im Lande zuzuschreiben.

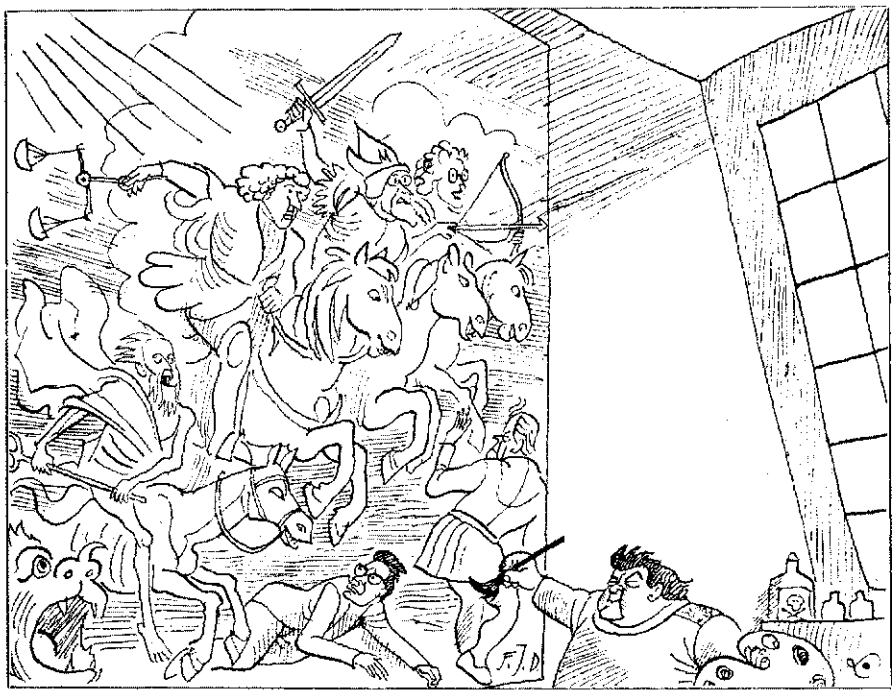
„Laßt euer Land nicht von der Angst regieren."

Die Wahlkampf-Planer ziehen daraus den Schluß, daß es sich die Partei durchaus erlauben könne, über die zukünftige wirtschaftliche Lage und die derzeitigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die von außen kommen, offen zu reden. Es müsse nur glaubwürdig sein. Die Offenheit werde sich bezahlt machen.

In Niedersachsen machte Wahlkämpfer Brandt einen Anfang:

- Eingeständnis eigener Fehler: „In unserem Lande gibt es in diesen Monaten einiges an Unsicherheit, Unzufriedenheit und Verdrossenheit. Natürlich hat es in dem Bereich, für den ich die Verantwortung trage, auch Fehler und Pannen gegeben."
- Warnung vor Angstmache: „Wir haben allen Grund, die Lage nicht bewußt schwarz zu malen oder unbestreitbare Leistungen heruntermachen zu lassen. Laßt euer Land nicht von der Angst regieren. Mit Miesmacherei kommt unser Land auf keinen Fall voran. Dort, wo die Angstpropaganda entfaltet wird, muß der Bürgersinn und Bürgerstolz dagegenstehen."

Wie die Dinge liegen, bietet sich den Sozialdemokraten ein zerknirscht-tapferer Werbespruch an, den Lübecker Genossen beim schleswig-holsteinischen Kommunal-Wahlkampf als Aufkleber drucken ließen: „Die SPD ist nicht gut. Aber die anderen sind noch schlechter."



Süddeutsche Zeitung

Die Apokalyptischen Jusos . . . nach einem Gemälde von F. J. Dürer (und anderen . . .)